

## *Muslime und Macht*

Kürzlich sprach Tarik Ramadan auf einer Konferenz über Muslime in Europa und über Multikulturalismus. Und er sagte: „It’s not only about sharing coscous, but about sharing power.“ Es geht nicht nur darum, Couscous zu teilen, sondern darum, Macht zu teilen. Allein das Wort Macht im Zusammenhang mit Muslimen jagt vielen einen Schauer über den Rücken. Mir auch. Ich fand gleichzeitig, dass er Recht hat, und ganz schön mutig ist. Fast schon: vermessen. Aber warum eigentlich?

Viele Muslime haben sich zum Beispiel über die deutsche Islamkonferenz gefreut. Die deutsche Politik hat sie als Gesprächspartner wahrgenommen - schön und gut. In der Tat ist das viel mehr, als nur als „Ausländer“ zu gelten. Aber als Inländer, als deutsche Muslime oder muslimische Deutsche, muss man doch auf mehr achten als auf symbolische Politik. Zum Beispiel auf die Zuwanderungspolitik, die mit Härte gegen alles „Fremde“ vorgeht. Auf die Sicherheitspolitik, die im gleichen Maße, in dem sie die „guten“ Muslime lobt, einen vagen Generalverdacht gegen alle Muslime hegt.

In der Politik geht es nicht nur um symbolische Gesten, sondern auch um verbrieftete Rechte. Welche Rechte haben muslimische Verbände – dieselben wie die christlichen Kirchen? Ich habe das Gefühl, manchmal werden die gesetzlichen Vorgaben, was eine Religionsgemeinschaft ist und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, nicht zugunsten, sondern zuungunsten der Muslime ausgelegt. Und als relativ junge Religion in Deutschland und eine, auch das muss man sagen, deren Akademikerrate noch unter dem Durchschnitt liegt, haben wir keine starke Lobby. Wir haben keine eigenen Akademien und keine Büros und PR-Berater in allen deutschen Großstädten. Also können wir uns weniger gut Gehör verschaffen als manch andere deutsche Bevölkerungsgruppe.

Wenn wir es tun, bekommen wir oft signalisiert, dass es eine ziemliche Anmaßung sei. Ich selbst bekomme oft, wenn ich über die politische Gleichberechtigung der Muslime spreche, Leserbriefe mit Sätzen wie: „Wieso geht Frau Sezgin nicht einfach zurück?“ (Dabei bin ich doch schon in Deutschland geboren.). Oder: „Von Muslimen brauchen

wir uns nichts vorschreiben zu lassen.“ (Wieso gehören Muslime nicht zum deutschen Wir?).

Sobald wir nicht bloß bitten, sobald wir uns nicht nur verteidigen, sondern sobald wir anfangen zu fragen und zu fordern, schlagen manche Alarm. Dabei wollen wir doch nur unseren völlig legitimen Einfluss geltend machen. Wir wollen Teilhabe an den Institutionen, wir wollen mitbestimmen in der Gesellschaft, in der wir leben. Auf lange Sicht wollen wir in die Universitäten – und zwar nicht nur als Studenten, sondern als Lehrende – in die Rundfunkräte und in alle Kommissionen, in denen Vertreter anderer Religionen bereits sitzen. Nicht weil das irgendetwas mit Lob, gemeinsamem Häppchen-Essen und Einladungen nach Schloss Bellevue zu tun hat, sondern mit dem Gestalten dieser Gesellschaft und mit der Übernahme von Verantwortung.

Vieles weitere allerdings brauchen Muslime gar nicht als Muslime, sondern schlicht als Menschen. Als deutsche Bürger oder solche, die es werden wollen. Viele Muslime in Deutschland sind – was den Pass angeht - noch gar keine Deutsche. Manche haben zwei Pässe, müssen im Erwachsenenalter jedoch wählen. Nicht wählen dürfen die, die gar keinen deutschen Pass haben, auch wenn sie schon jahrelang hier leben – dabei spricht viel dafür, dass ein Ausländerwahlrecht genauso essentiell zu einem modernen demokratischen Staat gehört wie die doppelte Staatsbürgerschaft.

Ich denke, wir Muslime müssen die volle Gleichberechtigung des Islams einfordern – doch wir dürfen unsere politische Perspektive nicht auf die Religionszugehörigkeit verengen. Wir sprechen so oft von Gerechtigkeit. Aber viele Ungerechtigkeiten betreffen Menschen, weil sie arm, ungebildet, weiblich oder „Ausländer“ sind – ob sie nun Muslime sind oder nicht.